

Spangenberg Zeitung.

Anzeiger für die Stadt Spangenberg und Umgebung. Amtsblatt für das Amtsgericht Spangenberg.

Fernsprecher Nr. 27



Telegr. Abz.: Zeitung.

Anzeigen werden die sechsgepalte 3mm hohe (Netto) Zeile oder deren Raum mit 15 Wg. berechnet; auswärts 20 Wg. Bei Wiederholung entsprechender Rabatt. Reklamen kosten pro Zeile 40 Wg. Verbindlichkeit für Abz., Datenvorschrift und Belegungsgeld ausgeschlossen. Annahmehöhe für Offerten und Auskunft beträgt 15 Wg. Zeitungsbeilagen werden billigt berechnet. Zahlungen an Postkonten Frankfurt am Main Nr. 20771

Druck und Verlag: Buchdruckerei Hugo Munzer. Für die Schriftleitung verantwortlich: Hugo Munzer Spangenberg

26. Jahrgang.

Erdbeben in Süddeutschland

Großer Sachschaden in Rastatt — Viele Häuser weisen Risse und Sprünge auf

Rückzug Frankreichs?

Berlin, 9. Februar.

Der Hauptausschuss der Abrüstungskonferenz, der seine Arbeiten im neuen Jahre mit der Beratung der französischen Vorschläge, des sogenannten plan constructif, wieder aufgenommen hat, hat jetzt die politische Generalausprache eröffnet. Das Ergebnis dieser Diskussion ist die nahezu allgemeine Ablehnung der französischen Pläne. Der politische Vertreter im Hauptausschuss, Rastatt, hat Paris eine Entschärfung bereitet, in dem er sich der Erklärung verband, der französische Plan sei „in der Sache nicht durchführbar“.

Mag diese Erklärung des polnischen Delegierten nur von der Furcht diktiert gewesen sein, daß Polen das von Paris erzielte Kompromiß mit Zugeständnissen in der militärischen Grenzfrage bezahllen müssen oder daß es sich hier um ein abgekartetes Spiel handelt, durch die französische Regierung der unermesslichen Rückzug verweigert werden soll, auf jeden Fall hat der neue Tagesabschnitt des Hauptausschusses klargestellt, daß der französische Entwurf die Lösung der Abrüstungsfrage nicht enthält.

Abgehen von Polen war die Stellungnahme der Delegationen gegen die französischen Vorschläge von der Delegation diktiert, daß das Schicksal der Abrüstungskonferenz nicht von neuen Sicherheitsgarantien abhängig ist, sondern von der Bereitschaft der Regierungen der Militärmächte zu einer ehrlichen und wirksamen Vermittlung der Rüstungen auf der Grundlage der Rechtsgleichheit aller Nationen. Erst dieser Tage verglich der englische Ministerpräsident MacDonald in einem Aufsatze, den er für eine französische Zeitschrift geschrieben hat, die Sicherheit, die ausschließlich auf der militärischen Macht oder auf Bündnissen begründet ist, mit einem Haus, das auf Sand gebaut ist. Und das mit Recht. Denn gegen Bündnisse helfen Gegenbündnisse; und wenn die Waffen, sofern sie geschützt werden, auch nicht verrotten, so verfallen sie doch mit dem technischen Fortschritt, ganz abgesehen davon, daß man eine große Nation unter gar keinen Umständen für die Dauer in militärischer Ohnmacht erhalten kann.

Nach seiner Grundkonzeption hat der französische Plan eigentlich nur den Zweck gehabt, unter inbrünstigen Friedensversicherungen und durch ein ausgeklügeltes System Frankreich auch nach der Durchführung der deutschen Gleichberechtigung die Vormachtstellung zu erhalten, die es bisher in Auswirkung der einseitigen Entwaffnung Deutschlands inne hat. Durch die allgemeine Herabsetzung der Dienstleistung und die Einführung des Wehrsystems sollten nämlich die Armeen vom Typ der Reichswehr, die man nach und nach in Paris zu fürchten begann, beseitigt werden. So daß Deutschland in Zukunft nur noch Militärdaten, aber keine Ressourcen und keine in langjähriger Dienstzeit ausgebildeten Soldaten besitzen würde, während Frankreich als „kolonialmacht“ sich eine zusätzliche Armee von Berufssoldaten sichern wollte. Als weitere Schwachpunkte des französischen Plans sind in Erinnerung das Angebot, die schweren Waffen, die Deutschland verboten sind und die anderen Völker in so großer Zahl und in so beängstigender Vollkommenheit besitzen, durch die Depontierung für den Völkerbund vor der Einführung zu bewahren und das Verlangen nach neuen Sicherheitsgarantien, die angeblich der „Organisation des Friedens“ dienen, die in Wirklichkeit aber nur die heutigen nicht ungerechten Besitz- und Machtverhältnisse in Europa untermauern sollten.

Kann dieser Anschlag heute als gescheitert gelten? Der englische Delegierte Eben hat im Hauptausschuss sehr zum Bedauern der Franzosen neue Sicherheitsgarantien abgelehnt, der amerikanische Delegationsführer Gibson hat die Sicherheitsforderungen als eine ausschließlich europäische Angelegenheit bezeichnet, mit der die Vereinigten Staaten nichts zu tun haben wollen, der deutsche Botschafter Stöckel wiederum hat mit allem Nachdruck darauf aufmerksam gemacht, daß in der Abrüstungskonferenz eben die Abrüstung und nicht die Frage der Sicherheiten zur Debatte steht; und nicht minder deutlich ist der italienische Delegierte von dem französischen Entwurf abgerückt.

Damit müßte der Weg frei sein für die Ausarbeitung eines Arbeitsprogramms, das unter Lösung von den französischen Gebanten die schnelle Durchführung der allgemeinen Abrüstung zum Gegenstand hat. Es spricht für eine richtige Einschätzung der politischen Lage, wenn der Hauptvertreter in Genf jetzt zu der Feststellung kommt, in der Generalausprache sei der französische Plan von den Verhandlungsteilnehmern „höflich“ begrüßt worden und hinzugefügt, der Minister des Auswärtigen, Paul-Boncour, habe nun die Aufgabe, dafür zu sorgen, daß der „konstruktive Plan“ nicht in die „vier Winde der technischen Ausschüsse gestreut werde“. Gibt das alles damit nicht zu, daß man sich in Paris auf Abstreife und auf Kompromisse gefaßt hat? Noch deutlicher sagt der „Reit Parisien“, das offizielle Organ der amtierenden Regierung, man dürfe nicht erwarten, daß alles, was an Sicherheitsvorrichtungen in dem französischen Plan vorgehen sei, auch angenommen werde. Niemand habe jemals daran gedacht, „etwas 100prozentiges zu erreichen“. Aber, führt das Blatt weiter aus, wenn bei dem schließlichen Kompromiß die Abrüstungsmaßnahmen und die Durchführung des Prinzips der Gleichberechtigung durch „gleichwertige Garantien auf dem Gebiet der Kontrolle und des gegenseitigen Beistandes“ ausgeglichen würden und wenn man Vorbereitungen für eine spätere Erweiterung (!) dieser Garantien treffe, dann könnten sich die französischen Vertreter zu dem Erfolg beglückwünschen.

„Matin“ zieht in Genf über die „widerstrebende Zustimmung“ zu dem „konstruktiven Plan“ gegen Deutschlands Politik in der Rüstungsfrage vom Vordruck und behauptet, ein Teil der Mächte habe in einer Beilage Deutschlands an der Abrüstungskonferenz eine „ernste Gefahr“ gesehen. Deutschland spreche zwar in sehr gemäßigtem Ton, aber das hindere den neuen Reichstanzler nicht, mit überladener Schnelligkeit und unter dem Vorwande der Arbeitsdienstpflicht eine „ungeheure Organisation bewaffneter Milizen“ ins Leben zu rufen. Einen Schritt weiter geht „Echo de Paris“, das zwar erklärt, Frankreich und seine Alliierten würden, wenn sie nicht Selbstmord begehen wollten, doch eines Tages gezwungen sein, von der fünfjährigen Erklärung abzurufen, die Deutschland die Gleichberechtigung zuerkennen. „Man hätte lieber Deutschland außerhalb der Abrüstungskonferenz lassen sollen, weil das Reich dann die Verantwortung für einen Mißerfolg der Abrüstungskonferenz hätte tragen müssen.“ So werde Frankreich jetzt gezwungen sein, das Reich auszusprechen, das „Genf erschüttern werde.“ Frankreich werde dadurch Angriffspunkt für alle möglichen Verleumdungen werden, aber es sei noch besser, diese Prüfung durchzumachen, als zuzulassen, daß unter den gegenwärtigen Umständen die Stärke des französischen Heeres und der anderen Armeen herabgesetzt werde, „die doch die Verträge verteidigten“.

Nun, ganz so, wie diese Blätter in ihrem unverhohlenen Grimm über den Verlauf der Abrüstungsverhandlungen es darstellen, verhält es sich denn doch nicht. Nicht darum geht es, daß die Verträge gegen Angriffe gesichert werden, sondern — leider — handelt es sich immer noch darum, die Erfüllung der Diktatverträge durch die „Sieger“ durchzusetzen, und d. h. die Entkämpfung des vollen Rüstungsausgleichs im Rahmen der gegebenen Sicherheiten. Daß diese Sicherheit keine hundertprozentige ist, ist gewiß richtig, aber hier ist eine Besserung nur von der Abtragung der Mauern des Hasses zu erhoffen, die Europa den Blick ins Freie verperren. Solle Sicherheit kann es eben nur durch eine wirkliche Abrüstung und durch eine grundlegende Revision der Diktate geben.

Zweite Klage Preußens

Gegen die Auflösung des Landtags.

Berlin, 9. Februar.

Die Regierung Braun hat eine zweite Klage beim Staatsgerichtshof fertiggestellt, die am Mittwoch in Leipzig überreicht worden ist. Es handelt sich um eine Klageschrift des Staatsministeriums bzw. des Freistaates Preußen gegen das Deutsche Reich und den Reichskommissar für das Land Preußen, von Papen, wegen der Auflösung des Preussischen Landtags. Die Klageschrift richtet sich gegen die nach Auffassung der Staatsregierung verfassungswidrige Auflösung des Preussischen Landtags mit dem Antrag, daß der Staatsgerichtshof entscheiden wolle:

1. Die am 6. Februar durch den Reichskommissar von Papen und dem Präsidenten des Preussischen Landtags, Kerl, ausgesprochene Auflösung des am 24. April 1932 gewählten Preussischen Landtags steht mit der Reichsverfassung und der preussischen Verfassung nicht im Einklang und ist daher ungültig.

2. Der Reichskommissar für das Land Preußen dürfe eine Neuwahl zum Preussischen Landtag nicht anberaumen; die von ihm anberaumte Neuwahl ist unzulässig.

In der Begründung wird ausgeführt, daß sich der Landtag nur auflösen könne durch eigenen Beschluß, durch Beschluß des Dreimännerkollegiums und durch Selbstentscheid, daß der Landtag den Antrag auf Auflösung abgelehnt habe, und daß das Dreimännerkollegium das auf Einladung des Präsidenten Kerl in der Zusammenkunft Braun-Abenauer-Kerl zusammengetreten sei, die Auflösung ebenfalls abgelehnt. Man habe dann verüht, die Auflösung auf andere Weise herbeizuführen, und zwar durch die Verordnung, die den Reichskommissar von Papen nach Auflösung der Staatsregierung fälligerweise, in das Dreimännerkollegium entsandte. Die Klageschrift bezieht sich schließlich auf die Entscheidung des Staatsgerichtshofs vom 25. Oktober, in der festgestellt sei, daß zu den Verfassungsvorschriften, die

nicht befeitigt werden könnten, die Beilegung der Völker, der Aufbau der Länder und die Länderparlamente gehören.

Eine Erklärung Abenauers

Auf der Tagung der Rheinischen Zentrumspartei in Köln äußerte sich auch der Präsident des Preussischen Staatsrats, Abenauer, über die letzten Vorgänge. Er führte aus, bei der zweiten Besprechung des Dreimännerkollegiums habe er nach der Notverordnung des Reichspräsidenten, die der preussischen Hoheitsregierung die letzten Rechte genommen habe, zum Ausdruck gebracht, daß der Vizekanzler von Papen nicht zu Recht in dem Kollegium sitze und daß er, Abenauer, sich an der Abstimmung daher nicht beteiligen könne. Die Auflösung des Landtags sei aus rein parteipolitischen Erwägungen erfolgt.

Bayern wartet ab

Die in der Presse auftauchenden Nachrichten über die Haltung der bayerischen Staatsregierung zu der durch die neue Preußenerordnung geschaffenen Lage werden an zuständiger bayerischer Stelle als Kombinationen ohne irgendwelche Grundlage bezeichnet. Ueber das weitere Vorgehen der bayerischen Staatsregierung werde strenges Stillschweigen gewahrt. Bayern werde im geeigneten Augenblick die ihm richtig erscheinenden Schritte unternehmen.

Kein Anschlag Württembergs an die preussische Klage.

Die württembergische Regierung wird, wie das dem Staatspräsidenten Dr. Holz nachfolgende „Deutsche Volksblatt“ (Zentrum) berichtet, in dem neuen Konflikt zwischen Reich und Ländern nicht aktiv eingreifen. Sie habe sich nach dem 20. Juli vergangenen Jahres eine weitgehende Zurückhaltung auferlegt, ohne dabei die nachdrückliche Vertretung der Landesinteressen außer acht zu lassen. Sie werde auch jetzt ein aktives Vorgehen der alten preussischen Regierung und den preussischen Landtagsparteien überlassen. Den Standpunkt Württembergs darzulegen, werde wohl in einer Reichsratsitzung oder in einer Länderkonferenz Gelegenheit gegeben sein.

Göring vermittelt

Überwachungs-ausschuss erst Ende der Woche.

Berlin, 9. Februar.

Der Brief des Reichstagspräsidenten Göring ist am Mittwoch früh in die Hände des Vorgesetzten des Reichstagsausschusses zur Wahrung der Rechte der Volksvertretung, des Abg. Loh, gelangt. Wie erlautet, wird es zu dem vom Reichstagspräsidenten zunächst gewünschten Verzicht einer direkten Vereinigung des Konflikts zwischen den beiden Parteien kaum kommen, da weder Nationalsozialisten noch Sozialdemokraten geneigt sein dürften, eine solche Aussprache herbeizuführen.

Es wird daher zur Ausäumung der Schwierigkeiten für eine sachliche Arbeit des Ausschusses nur die Vermittlung des Reichstagspräsidenten Göring übrigbleiben, die dieser bereits in Aussicht gestellt hat.

Die Wiedereinberufung des Überwachungs-ausschusses ist unter diesen Umständen erst für Ende der Woche, wahrscheinlich für Freitag, zu erwarten.

Auch keine Reichsratsausschüsse.

Nachdem die für Donnerstag, den 9. Februar, in Aussicht genommene Vollziehung des Reichsrats abgelehnt worden ist, sind auch die Einladungen für die geplanten Sitzungen der Reichsratsausschüsse in dieser sowie der nächsten Woche wieder rückgängig gemacht worden.

Frankreich unbelehrbar

Paul-Boncour beharrt auf seinem Plan.

Genf, 9. Februar.

Die mehrtägige Debatte im Hauptausschuss der Abrüstungskonferenz wurde mit einer fünfviertelstündigen Rede Paul-Boncour's abgeschlossen. Die Länge seiner Rede steht im ungetrübten Verhältnis zur Durchschlagskraft seiner Argumente.

Es ist besonders bemerkenswert, daß Frankreich an seiner Auffassung über die Sicherheitsfrage ohne jedes Entgegenkommen festhält, obwohl die Mehrheit der Abrüstungskonferenz ganz klar zu erkennen gegeben hat, daß die französischen Forderungen von der Konferenz nicht angenommen werden können. Weiter verdient festgehalten zu werden die mehrfach ausgesprochene Forderung, es müßten nach dem Muster von Locarno weitere regionale Sicherheitsverträge abgeschlossen werden, wenn wirksame Rüstungsherabsetzungen möglich werden sollten.

Allgemein besteht der Eindruck, daß der französische Delegierte die Verantwortung für ein eventuelles Scheitern der Abrüstungskonferenz denjenigen Mächten aufzählen wollte, die allzu klar zu erkennen gegeben haben, daß sie auf die französische Sicherheitsforderung nicht eingehen wollten.

Preußens neue Klage

Die Klagechrift dem Staatsgerichtshof übergeben.

Berlin, 8. Februar.

Die Klage der preussischen Hohenzollern-Regierung gegen das Reich wegen der Uebertragung der Befugnisse des Staatsministeriums auf den Reichskommissar ist am Dienstagvormittag dem Staatsgerichtshof in Leipzig überreicht worden. Der Klageantrag zielt in der Forderung, der Staatsgerichtshof möge erkennen, daß die auf Grund des Artikels 48, Absatz 1 der Reichsverfassung erlassene Verordnung zur Herstellung geordneter Regierungsbefugnisse in Preußen vom 6. Februar 1933 mit der Reichsverfassung nicht in Einklang stehe und daher ungültig sei.

Der Klagechrift ist der Briefwechsel beigelegt, der vom Oktober 1932 bis zum 6. Februar 1933 zwischen dem preussischen Staatsministerium und der Reichsregierung sowie dem Reichskommissar über die Durchführung des Leipziger Urteils vom 25. Oktober 1932 geführt wurde.

Die Begründung der Klage

In der ausführlichen Klagebegründung heißt es, die in der Reichsordnung behauptete Pflichtverletzung Preußens die das Staatsleben gefährde, bestehe nicht. Preußen habe sich vielmehr auf den Boden der Staatsgerichtshofsentscheidung gestellt und verschiedene Male öffentlich mit aller Deutlichkeit seine Auffassung verkündet, ganz unbeschadet der Ansicht der preussischen Regierung, daß auch das erste Staatsgerichtshofsurteil Preußen nicht in allen Punkten gerecht geworden sei. Die Regierung Braun habe sich bemüht, eine friedliche Verständigung zu erzielen und dabei äußerste Geduld und Zurückhaltung gegenüber dem Reich geübt, soweit, daß die Regierung Braun nicht häufig in der Öffentlichkeit wegen ihrer Zurückhaltung nicht verstanden, sondern angegriffen worden sei. Wenn das Reich jetzt behaupte, Preußen habe durch das Verlangen, der Staatsregierung Äkten und Beamte zur Verfügung zu stellen, Verwirrung in das Staatsleben gebracht, so sei das zu weit gegangen. Dabei sei die Regierung Braun noch sehr sparsam mit den Befugnissen umgegangen, und man könne ihr unmöglich eine Pflichtverletzung aus der Ausführung des Staatsgerichtshofsurteils und der Verordnung des Reichspräsidenten vom 18. November unterstellen wollen.

Die Staatsregierung sei der Ansicht, daß bei der Unkompromittiertheit der ganzen Lage der Staatsgerichtshof bereits in kurzer Frist zu einer Entscheidung gelangen werde. Es würde der Regierung daran liegen, daß das Verfahren in öffentlicher mündlicher Verhandlung geführt wird.

Hitler über seine Mission

Vernichtung des Marxismus in zehn Jahren. — Fortführung der Kampfgesellschaft über den 5. März hinaus.

Berlin, 9. Februar.

Reichskanzler Adolf Hitler empfing Vertreter führender deutscher Tageszeitungen. Der Berliner Vertreter der „Leipziger Neuesten Nachrichten“ berichtet darüber u. a.:

Der Reichskanzler legte ein grundsätzliches und sehr betontes Bekenntnis zur Pressefreiheit ab mit der Begründung, daß eine sachlich und persönlich loyalen Kritik aus ihm anerkannt werde. Hitler drückte in diesem Zusammenhang sein Bedauern darüber aus, daß trotzdem sehr scharfe allgemeine Bestimmungen gegen die Pressefreiheit notwendig geworden seien. Das Verhalten einzelner Organe der Linken habe ihn aber dazu veranlaßt.

In der Ansprache fand ferner der tiefe Glaube des Kanzlers an die politische Mission der neuen Reichsregierung seinen Niederschlag. In diesem Zusammenhang zog Hitler eine historische Parallele zu der Zeit 1860—1870, in der sich auch gewaltige Ereignisse vollzogen hätten, ohne daß ein Teil der deutschen öffentlichen Meinung die Dinge immer richtig beurteilt habe.

Auch die Bedeutung der gewaltigen Persönlichkeit Wagners, dessen 50. Todestag am kommenden Sonntag von der Reichsregierung in Leipzig und Weimar feierlich begangen werde, sei erst spät allgemein anerkannt worden.

Hitler unterzog ferner die gegenwärtige politische Lage einer kurzen Untersuchung und verwies in diesem Zusammenhang darauf, daß gegen die Regierung Hitler wohl eine Mehrheit zustande kommen könnte, die aber rein negativen

stung einflände sei, die die sich zu der amtierenden Reichsregierung befehle.

Der starke Glaube, von dem der Reichskanzler durchdrungen ist, kam noch in verschiedenen anderen Wendungen zum Ausdruck. So betonte Hitler u. a., daß er sein Amt erst aufgeben werde, wenn er die Ueberzeugung habe, daß seine Mission erfüllt sei. Der deutschen öffentlichen Meinung könne er versichern, daß es in zehn Jahren keinen Marxismus in Deutschland mehr gebe.

Abschließend erklärte Hitler, daß er immer nur das tun werde, was er für die deutsche Zukunft als notwendig ansehe. Er sei bereit, deshalb auch jede Unpopularität auf sich zu nehmen, „und wenn mich die ganze Nation mit Steinen bewerfen sollte.“

Der Reichsvertreter bemerkt zu den Ausführungen des Reichskanzlers: „Das politische Wesentliche an den Ausführungen Hitlers scheint uns vor allem sein starkes Bekenntnis zu der Mission des amtierenden Reichskabinetts zu sein. Wir glauben daraus schließen zu können, daß Hitler persönlich entschlossen ist, die am 30. Januar geschlossene Kampfgesellschaft auch über den 5. März hinaus, fortzusetzen.“

Erdbeben in Baden

Erheblicher Sachschaden in Rastatt. — Etwa 150 Schornsteine auf die Straße geworfen.

Karlsruhe, 9. Februar.

Um 8.06 Uhr früh wurde in Baden ein heftiges Erdbeben verspürt. Nach den Aufzeichnungen des Geodätischen Instituts der Technischen Hochschule Karlsruhe dauerte das Beben etwa zwei Minuten; der Herd lag in der Nähe des Murgtal-Grabens, etwa 50 Kilometer von Karlsruhe entfernt. Für die Stärke des Erdbebens spricht, daß ein Vpparat des Geodätischen Instituts in Karlsruhe außer Tätigkeit gesetzt wurde.

Wie weiter gemeldet wird, wurde der Erdstoß im ganzen Schwarzwald und insbesondere in der südlichen Region wahrgenommen. In Müllheim war deutlich eine etwa 20 Sekunden dauernde Wellenbewegung bemerkbar. Sehr stark hat das Beben Rastatt mitgenommen.

In Rastatt wurden etwa 150 Schornsteine von den Dächern auf die Straße geworfen. Fall in jedem Haus sind mehrere Fensterhebel zertrümmert. Vieles sind auch große Schaulenfenster zerbrochen. Wohnungseinrichtungen wurden durcheinander geworfen, und in einer Reihe von Häusern ist sämtliches Geschirr zerbrochen. Viele Häuser weisen Sprünge und Risse auf; in der Leopoldstafel sind mehrere Wände eingestürzt. In einer Reihe von Schaulenfenstern sind die Waren durcheinandergeworfen worden und, soweit sie zerbrochen waren, in Scherben gegangen. Die für die Weiße Woche in den Schaulenfenstern aufgestellten Warenballen liegen wild durcheinander.

Nach um die elfte Vormittagstunde waren die Straßen von der Bevölkerung erfüllt.

Der Bevölkerung bemängelte sich ein ungeheurer Schrecken. Alles eilte auf die Straße. Kranke Leute wurden, vielfach nur notdürftig bekleidet, aus den Häusern getragen und die Schulen, soweit sie nicht wegen der Grippe geschlossen sind, beendeten den Unterricht und entließen die Kinder nach Hause.

Auch in einigen kleineren Orten der Umgebung von Rastatt ist das Erdbeben heftig verspürt worden. In dem kleinen Ort Kuppenheim fiel ein kleines Kreuz von der Kirche auf die Straße hinunter. Im Bodenseegebiet ist das Erdbeben kaum verspürt worden und nicht nennenswert, heftig in der Gegend von Vöhrach, von Freiburg und auf dem Feldberg.

Auch in Stuttgart und Worms wurden Erdstöße verspürt. In Worms gerieten vielfach Bilder und sonstige Wohnungseinrichtungsgegenstände ins Schwanken. Sachschaden wurde in Worms jedoch nicht angerichtet.

Aus dem Wahlkampf

Die Reichspropagandaabteilung der NSDAP. nach Berlin übergeföhelt.

Wie die nationalsozialistische Korrespondenz mitteilt, ist die Reichspropagandaabteilung der NSDAP für die Dauer des Wahlkampfes von München nach Berlin übergeföhelt, wo sie in der Poststraße 11 untergebracht wurde. Sie trägt die Be-

Die Offiziere, hingerissen von der Begeisterung der Massen, stimmen in den Ruf ein.

Die Militärkapellen spielen vor dem Palast die Nationalhymne. Das Volk ist wie berauscht.

Colleani. Präsident! Im ersten Moment schütteln viele den Kopf. Dann kommt die Zustimmung. Warum denn nicht? Die Jugend vor! Das Alter vermochte die Welt vom Glend nicht zu erschöpfen, vielleicht schafft es die Jugend.

Die Offiziere umringen Karl, dem es ganz wirt im Kopfe ist.

„Meine Kameraden! Ein Mensch unter Hunderttausenden rief mich zum Präsidenten aus. Und Hunderttausend stimmen zu. Auch Sie haben es getan! Ich danke Ihnen für den Beweis des Vertrauens. Aber ich wünsche, daß der würdige Bürger Uruguays diesen Posten übernimmt. Bis dahin will ich Ihnen zur Verfügung stehen als Generalbevollmächtigter der provisorischen Militärregierung. Ich rate Ihnen, bilden Sie die Regierung bald, und wählen Sie die Besten aus unter Hintanhaltung der eigenen Person. Das Volk wird's Ihnen danken. Ich nehme doch wohl richtig an, daß Sie alle die glühende Liebe zum Vaterlande geeignet hat.“

Begeistert stimmt man ihm zu.

Hauptmann Pinthos ruft: „Kameraden! Helfen Sie uns die schweren Tage zu überwinden. Das Volk hört auf Sie. Und erlauben Sie uns, daß wir auch Sie zum Kandidaten der Präsidentschaftsposten aufstellen. Das Volk soll entscheiden!“

„Ich bin ein Fremder für Sie alle!“

„Sie sind uns ein Freund, das fühlen wir, das fühlt Montevideo, ganz Uruguay! Werden Sie kandidieren? Wir bitten Sie darum!“

Karl erklärt sich bereit. Er denkt: In ein paar Tagen kommt das Volk doch wieder zur Vernunft.

Endlich kann er zu Angelica fahren.

Karl ist tief betroffen, als er hört, daß Angelicas Seele den tranken Leib verlassen will. Aber er begnügt seinen Schmerz und tritt mit heiterer Miene ins Krankenzimmer. Angelica's süßes, schmales Gesichtchen heilt sich auf, als Karl ans Bett kommt und ihre Hände küßt.

„Was machst du, Angelica?“ fragt er zärtlich. „St du eine Revolution in Montevideo, und du legst dich nieder!“

gerung. „Wahlteilung für das Reich und das Land.“

Evangelischer Aufruf.

Der evangelische Reichsausschuß für kommunale und in dem führende Persönlichkeiten der großen evangelischen Arbeitsverbände vereinigt sind, erläßt folgenden Aufruf:

„Evangelische Männer und Frauen! Samtliche christlichen Selbstverwaltung in Preußen sind aufgefordert, am Sonntag, den 12. März finden die Neuwahlen statt, fordern, daß überall an sicherer Stelle Kandidaten auszuwählen, die sich zur evangelischen Kirche bekennen und will sind, im deutsch-christlichen Verantwortungsbereich, sachkundig in den Gemeindevetretungen mitzumitgliedern, daß die Parteien, die auf die Stimmen der evangelischen Wählerchaft Anspruch machen, diese Forderungen erfüllen.“

Wahlaufruf der Zentrumsarbeiter.

Der Reichsarbeiterbeirat der Zentrumsarbeiter ist ersichtlich der kommenden Reichstagswahl einen Aufruf an christliche Arbeiterchaft, in der er u. a. auf die Wahl des Zentrums bei den jüngsten innerpolitischen Ereignissen, Deutschland eingeht. Die deutsche Zentrumsarbeiterchaft, es, habe sich in den letzten Tagen erneut als Kraft, die den Reich zu arbeiten des Volkes erwiesen.

Siehung des sozialdemokratischen Parteiaussschusses. Der Parteiaussschuß der Sozialdemokratischen Partei hielt am Mittwoch eine Sitzung ab, um in der Hauptbesitzung Vorbereitung für die Reichstagswahl zu treffen.

Die Stimmabgabe auf der Leipziger Messe. Da am 5. März, dem Tage der Reichstagswahl, zeitig auch die Leipziger Messe beginnt, ist in den Messe interessierten Kreisen eine gewisse Beunruhigung vorhanden. Man befürchtet eine Beeinträchtigung der Stimmabgabe durch die Reichstagswahl.

Von zuständiger Seite wird ausdrücklich darauf hingewiesen, daß in der Verordnung des Reichsinnenministeriums über die Durchführung der Wahl aus Bestimmungen hervorgeht, die die Stimmabgabe auf der Leipziger Messe

Entsprechend den Bestimmungen für die Stimmabgabe im Reiseverkehr werden bestimmte Stimmlokale in die Messe eingerichtet werden, die den ganzen Tag Wahlberechtigte mit Wahlcheinen zur Verfügung stehen.

Uebergabe oder Torpedo

Auf der Jagd nach den „Sieben Provinzen“.

Batavia, 8. Februar.

Die gesamte Bevölkerung Niederländisch-Indiens dem bevorstehenden Zusammenreffen des meuternden Zerstörers „De Zeven Provincien“ (Sieben Provinzen) den von der Marineleitung entlassenen Kriegsschiffen Flugzeugen mit größter Spannung entgegen. Dieses schwache besteht aus dem erst vor wenigen Jahren in der gestellten Panzerkreuzer „Jawa“, zwei modernen Torpedobootjägern, zwei Unterbootsen, einem Minenleger, verschiedenen Marinewasserflugzeugen vom Dornier-Typ.

Aus Erklärungen des holländischen Kriegsministeriums des militärischen Oberbefehlshabers in Indien geht hervor, daß mit aller Schärfe gegen die meuternden Malagen vorgegangen werden soll. Möglichenfalls wird das Schiff auf die Rückfahrt auf die an Bord befindlichen Europäer torpediert werden. Nur bedingungslose Uebergabe kommt nach Rede des Kriegsministeriums in Frage.

Der Zusammenstoß mit dem Meutererschiff, das noch sieben Knoten Fahrt machen soll, wird in kurzer Zeit erwartet.

Verwendung des Kanzlergehaltes

Zu der Nachricht, daß Reichskanzler Hitler auf Gehalt verzichtet hat, weil er den Lebensunterhalt schriftstellerischen Arbeiten verdiene, wird ergänzend mitteilt, daß ein Gehaltsverzicht als solcher schon aus technischen Gründen nicht möglich ist. Reichskanzler wird deshalb in der Form über kein Gehalt verfügen, er es nach Abzug der üblichen Steuern usw. einem anderen Kuratorium überweist. Dieses wird das Geld bedürftige Hinterbliebene erschlossener Polizeibeamter an SA-Leute verteilen.

„Ich bin so schwach, Alfredo! Oh, ich habe mich so gefreut. Grit hat mir von deinem Triumph erzählt. Du Montevideo ist stolz auf dich!“

„Wenn's dich freut, dann freut es mich auch! Denke nur, die Menschen hier sind doch ganz toll. Ich bin man mich zum Generalbevollmächtigten für die provisorische Militärregierung ernannt.“

Sie start ich erlauchte an.

„Dann... dann bist du jetzt wohl der Höchste von Montevideo?“

„Ja, das ist wohl so!“

Mit glücklichem Lächeln liegt die Schwertrante im Arm.

„Hast du mich lieb?“ fragt sie plötzlich leise, und unendlich zärtlich ist in den Augen.

„Ich habe dich lieb, kleine Angelica!“ spricht Karl, und seine Stimme schwingt und singt wie Musik. „Du, ich mag dich in ein anderes Land tragen, auf meinen Armen mich dich tun. Dortbin, wo die Luft mild und weich ist, nicht heiß und feucht wie hier. Dort wirst du ganz gesund werden, mein Liebling.“

Die Worte sind dem tranken Mädchen wie ein Gottesgeheimnis.

Es schließt die Augen.

„In ein anderes Land...“ flüstert ihr Stimmchen.

„Ich werde in ein anderes Land gehen, das Emigrieren weit von hier ist und doch nicht fern. Wenn ich nicht mehr bin, dann will ich mich schweben und alles Glück dich erbitten. Ich habe dich so sehr... so sehr lieb. Du so gut... so gut zu mir!“

„Was hast du für törichte Gedanken!“ sagt Karl erschrocken.

„Doch, ich werde... sterben... bald... aber ich möchte dich nicht. Du hast mich lieb! Kann mir die Erde noch geben an Glück? Es ist so viel... daß ich glaube... daß ich mir nabe!“

Thomas ist eingetreten. Ganz leise sagt er Karl ins Ohr.

„Se. Eminenz ist angekommen und möchte dich sprechen.“

„Mach!“

„Ich komme sofort!“

Nach wenigen Augenblicken steht Karl vor dem Bistum von Uruguay.

Er verbeugt sich tief.

(Fortsetzung folgt)

WOLFGANG MARKEN:

KARL der Kleine

VERBRECHER-RECHTSCHUTZ DURCH VERLAG OSKAR MEISTER, WERDAU

(47. Fortsetzung.)

Karl konnte nicht weiterreden. Der Jubel der Massen braust auf.

Karl hebt die Hand.

„Ihr alle liebt das Vaterland, das schöne, das fruchtbare, das euch geboren hat, und weil ihr es liebt, werdet ihr Ordnung und Disziplin wahren. Die Männer, die jetzt selbständig in die Geschäfte des Vaterlandes eingreifen, taten es aus glühender Vaterlandsliebe. Sie sind gewillt, euch das zu geben, worauf ihr ein Recht habt. Vertraut ihnen und erleichtert ihr große Aufgabe. Haltet Ordnung! Geht heim und morgen sollt ihr alle an euren Arbeitsstätten sein und eure Pflicht tun. Bringt nicht Unruhe in das Leben von Stadt und Staat. An euch allen liegt es, an eurer Besonnenheit, ob die neue Wandlung zum Segen wird. Jeder, der sein Vaterland liebt, erhebe die Hand und gelobe Treue, gelobe, daß er Mitspieler sein will an einem neuen, freien Uruguay.“

Enobler Jubel umstößt ihn.

Hauptmann Pinthos tritt zu Karl und umarmt ihn vor den begeisterten Massen.

Da schallt aus der unabsehbaren Menge eine helle, durchdringende Stimme: „Die Jugend auf den Präsidentenstuhl!“

„es lebe Alfredo Colleani, der neue Präsident von Uruguay!“

Nach diesen Worten herrscht einen Augenblick Stille.

Dann bricht es los, machtvoll wie ein Orkan.

„Alfredo Colleani... der neue Präsident... er lebe hoch!“

Karl steht wie betäubt und sieht hilflos auf Hauptmann Pinthos. Der ist selber überrascht. Aber... Volkes Stimme Gottes Stimme... er hat die Chance erkannt. Die ungeheure Popularität Colleanis muß ausgenutzt werden!

Er greift seinen Degen und ruft laut seinen Kameraden zu:

„Es lebe Alfredo Colleani, der neue Präsident von Uruguay!“

Aus der Heimat

Spangenberg, den 9. Februar 1933.

Vom Recht haben

Es gibt Menschen, die haben immer recht. Wenigstens sind sie felsenfest davon überzeugt. Sie irren sich nicht, sie verstehen alles, sie wissen, kennen und können alles, sie sind einfach unschlagbar, mit einem Wort also ausgesprochene, ausgemachte Eitel, der Schrecken ihrer Familie und ihres Bekanntenkreises. Mit ihnen zu streiten, ist an sich zwecklos, denn es auch falsch, zu allen ihren Weisheitsprüchen und mächtigen Entscheidungen ja und Amen zu sagen, denn das würde sie in ihrem Glauben an ihre Unfehlbarkeit nur noch bestärken. Aber ein solches dauerndes zweckloses Annehmen gegen eigene Bälle von Dummheit ist auf die Dauer gerade sehr ermüdend, sondern im Gegenteil sehr unergütlich und gegen die höchsten Grads der „Vollendung“ erreichen glücklicherweise nicht allzuweit, obgleich ihre Zahl immer noch erschreckend groß ist; denn es gehört dazu schon ein Übermaß von Unvernunft und Dummheit, reinste unerbittliche Dummheit.

Nicht weniger ungenießbar sind aber die lieben Mitmenschen, die zwar freundlicherweise zugeben, daß sie ja schließlich nicht gerade alles wüßten, die aber auf einigen Gebieten ganz normaler Weise wirklich gut beschlagen sind, vielleicht sogar einseitig hervorragende Kenntnisse besitzen, aber nun doch anderen für einen Dummkopf halten, nur weil er das Recht hat, gerade andere Interessen als sie zu haben. Eins ist ja sicher als das andere. Wirklich großes Wissen kann in unserer Zeit nur noch ein Fachwissen sein, es kann kein Mensch mehr das Gesamtgebiet der Wissenschaften beherrschen. Je mehr er aber eingedrungen ist in sein spezielles Fach, um so mehr wird sich sein Bild für das Ganze weiten, und er erkennt, wie mangelhaft selbst größtes Wissen und Können ist und bleiben muß und um so bescheidener wird er sein. Er wird auch jeden anderen gelten lassen und zugeben, daß er sich irren kann. Das lehrt uns das Beispiel aller wirklich großen Männer. Um so mehr aber hätte jeder einzelne, der nur ein ganz, ganz bescheidenes Lichtlein ist, nur so ein ganz unbedeutendes Rädchen, überhaupt nur der Teil eines solchen Veranlassung, mit seinem Urteil zurückhaltend zu sein.

X Hand weg von unserer Sparkasse. Am gestrigen Mittwoch wollten die Vorstände der städtischen Sparkassen von Spangenberg, Felsberg und Wensungen, auf Veranlassung des Regierungspräsidenten Dr. Friedensburg, in Wensungen um über die Verschmelzung der Sparkassen mit der Kreisbank zu verhandeln. Der Wunsch des Regierungspräsidenten sich gütig zu einigen und der Verschmelzung zuzustimmen fand natürlich keinen Anklang, sondern den einmütigen Protest aller Rassenvorstände. Welche Gründe vorliegen, diesen Zusammenschluß der öffentlichen Sparkassen mit solcher Energie und noch dazu kurz vor den Kommunalwahlen zu betreiben ist uns unbekannt. Bekannt ist uns aber, daß alle Sparkassen so gut wirtschaften, daß absolut kein Grund zu einer etwaigen Auflösung oder Zusammenlegung vorliegt, weil die Rassen nicht mehr selbstgegründet seien. Das Gegenteil ist der Fall. Der Regierungspräsident: „Wir sind uns einig mit den Sparkassenvorständen und lassen uns nicht überrumpeln. Hande weg von unseren bedrängten Sparkassen.“

Leistung im Spangenberg-Lihspiel-Theater. Die Rindorfaktion hat sich dazu entschlossen, einen Tonfilm-Apparat einzubauen, um ihren Gästen auch in dieser Beziehung gerecht werden zu können. Der Einbau des Apparates wird bereits in dieser Woche vorgenommen, so daß schon am Sonnabend die erste Tonfilm-Vorführung vorgenommen werden kann. Bei diesem neuen Apparat wird eine einwandfreie Tonwiedergabe durch die Firma Landwehr und Schulz Kassel garantiert. Auf dem Sonntagprogramm steht an erster Stelle ein sehr interessanter Film „Ihre Hoheit beschliff“. Es folgen „Amateurpolizisten“, „Das Geheimnisvolle Schiff“.

Δ Fadelzug. Zu Ehren des Herrn Reichspräsidenten von Hindenburg und zur Erinnerung Adolf Hitler zum Reichsführer veranstaltete die Dieggruppe Spangenberg der N. S. D. A. P. mit der hiesigen, sowie einer großen Anzahl auswärtiger SA einen Fadelzug. Schon lange vor Aufstellung des Zuges, der gegen 8 Uhr erfolgte, hatten sich eine große Anzahl Spangenberg Bürger und Vertreter der umliegenden Ortschaften zur Teilnahme an dem Fadelzug eingefunden. Derselbe bewegte sich dann unter den Klängen flatter Marschmusik und dem Gesänge nationalsozialistischer Kampflieder über die eigene Scholle durch sämtliche Straßen der Stadt zum Marktplatz. Dort selbst hatten sich viele Bürger und Bürgerinnen zur Teilnahme an der Halbtagfeier eingefunden. — Die Feier begann mit dem Choral „Ein feste Burg ist unser Gott“. Nach dessen Beendigung ergriß Herr Th. Jenner das Wort und führte aus, daß Adolf Hitler, der Schöpfer der nationalsozialistischen Bewegung, zum Reichspräsidenten von Hindenburg zum obersten Beamten des deutschen Volkes, zum Träger der Staatsgewalt und Lenker der deutschen Reichspolitik berufen worden sei. Nach Jahren unglücklichen Kampfes habe er jetzt seiner herrlichen Bewegung zum Siege verholfen. Frei und offen könnten wir uns heute zu der Staatspolitik bekennen, die Adolf Hitler mit starker Hand leiten werde. Auch Spangenberg Bevölkerung habe, sie habe dies bisher bei jeder Wahl bewiesen, in überwiegender Mehrheit seit zu Adolf Hitler. Nach dem Gesang des Deutschlandliedes sprach Kreisleiter Witz über den 14-jährigen Kampf und Sieg der nationalsozialistischen Bewegung. Mit einem Hoch auf unser Vaterland, Herrn Reichspräsidenten v. Hindenburg und Herrn Reichsführer Adolf Hitler fand diese nachwollte Rundung mit dem Gesang des Hört Westfelles ihren Abschluß. Die Teilnehmer begaben sich dann im geschlossenen Zuge zum „Grünen Baum“. Dort selbst verließen sie bei flatter Marschmusik noch einige frohe Stunden im Kreise der SA.

+ Hitler spricht im Rundfunk. Die NSDAP bittet uns, darauf hinzuweisen, daß der Reichsführer Adolf Hitler am Freitagabend in einer großen Berliner Rundfunkübertragung, die auf den Rundfunk übertragen wird.

X Frauenhilfe. In Malsfeld findet am Sonntag den 12. Februar eine Kreisversammlung der evangelischen Frauenhilfe statt. Die Frauenhilfe-Spangenberg wird, sich hieran beteiligen. Anmeldung bis Freitagabend im Pfarrhaus 1. Abfahrt der Teilnehmer Sonntag mittag 12:15 Uhr.

A Reichstagswahl auf hoher See. Wie bei früheren Reichstagswahlen wird auch bei der kommenden am 5. März wieder den an Bord deutscher Seefahrzeuge befindlichen Passagieren die Möglichkeit einer Teilnahme an der Abstimmung gegeben sein, wenn sie im Besitze eines Wahlzettel sind. Eine Bordwahl findet jedoch nur auf solchen Schiffen statt, auf denen sich mindestens 50 stimmberechtigte, mit Stimmzettel versehene Personen am Wahltag an Bord befinden. Diese Voraussetzung wird auf folgenden Hagadampfern erfüllt sein: Im Neunorddienst auf Dampfer „Deutschland“ und Dampfer „Albert Ballin“, im Dienst nach der Westküste Nordamerikas auf Dampfer „Tacoma“, im Cuba-Westindien auf Dampfer „Orinoco“, im Mittelamerika auf Dampfer „Caribia“, im Dienst nach der Ostküste Südamerikas auf Dampfer „General Artigas“, sowie auf dem Vergnügungsdampfer „Oceana“.

Aus Stadt und Land

Zweite Probefahrt der „Deutschland“. Das Panzerkreuzer „Deutschland“ hat in der Ostsee seine zweite Werft-Probefahrt ausgeführt. An Bord befanden sich etwa 390 Personen, und zwar die Werftbesatzung sowie ein Kommando der Marineabteilung und die Bauaufsicht. Wie bei der ersten Probefahrt hatte sich auch diesmal wiederum eine große Menschenmenge an beiden Ufern der Kieler Förde eingefunden, die das Auslaufen des Schiffes mit Interesse verfolgte.

Das Programm der „Do X“ für 1933. Das Dornier-Flugzeug „Do X“ wird im April die Schweiz besuchen, dann Ostern anlässlich der Einweihung der Auhaltspirre und im Mai Berlin. Weiter ist ein Nordlandflug geplant und im August eine Reise nach England.

Wo ist Gerichtsschaffner Krimt? Gerichtsschaffner Krimt, der am Dienstag in Berlin vom Untersuchungsrichter vernommen worden ist, nachdem ihm für je zwei Stunden vor und nach der Vernehmung freies Geleit zugesichert worden war, ist nunmehr wieder verschunden. Man vermutet, daß er sich unter dem Schutze der Unterwelt verborgen hält. Durch seinen Verteidiger hat Gerichtsschaffner Krimt nunmehr beantragt, den Haftbefehl gegen ihn aufzuheben. Er werde bereit sein, sich täglich bei der Polizei zu stellen und seinen Paß abzuliefern.

Reiche Abwechslung in der täglichen Suppe bieten MAGGI'S Suppen



Es gibt mehr als 30 Sorten

Selbstmord im Plänerwald. Gegen 5 Uhr früh hörten am Rande der Treptower Spielanlage in Berlin Schupo-beamte mehrere Schüsse. Sie fanden auf einer Bank die Leiche einer Frau. Neben der Bank stand ein junger Mann, der völlig verwirrt auf die Tote starrte. Die Frau hatte sich durch das Herz geschossen. Nach den Ermittlungen ist sie eine 48 Jahre alte Frau Magarete Gerde, die Gattin eines Lebensmittelhändlers. Nach den Angaben des jungen Mannes, eines Kaufmanns Hans R., hatten beide ein Liebesverhältnis unterhalten. Die Frau hatte mehrfach einen gemeinsamen Selbstmord vorgeschlagen.

Druckkraftwagen mit 120 000 Stück einer illegalen Druckschrift beschlagnahmt. Das Polizeipräsidium Kassel teilt mit: Auf Grund jacobinischer Mitteilungen des Standartenführers der hiesigen SA, konnte die politische Polizei in Kassel in Berlin in einen Luftkraftwagen mit 120 000 Stück (etwa 6 Zentner) einer illegalen kommunistischen Druckschrift sicherstellen lassen. Der Luftkraftwagen, ein SA-Wagen, war mittags von Kassel abgefahren, wo die Druckschriften in einer kleinen Druckerei hergestellt worden waren. Der Drucker ist gefänglich und überführt.

15 Haftbefehle. Wegen der blutigen Zwischenfälle im kommunistischen Vertreterslokal „Pappschädel“ in Berlin-Friedenau, in deren Verlauf die Inhaberin des Lokals tödlich verletzt wurde, sind dem Vernehmungsrichter im Berliner Polizeipräsidium 16 Nationalsozialisten vorgeführt worden. Gegen 15 ist Haftbefehl wegen Verbandsverstoßes und Vergehens gegen das Schußwaffengesetz erlassen worden.

Gefängnisurteil gegen Hummel rechtskräftig. Das Urteil im Prozeß gegen den Betrüger Hummel, der als Rückkehrer Oskar Daubmann auftritt, ist rechtskräftig geworden, nachdem die Verteidigung und die Staatsanwaltschaft ihre Revision zurückgezogen haben. Hummel hat zwei Jahre sechs Monate Gefängnis zu verbüßen.

Anfall des Generalmusikdirektors Klemperer. Bei der Gewandhaus-Probe in Leipzig hat Generalmusikdirektor Otto Klemperer einen Unfall erlitten. Er lehnte sich an das Geländer des Konzertpodiums. Das Geländer brach, und Klemperer stürzte eineinhalb Meter tief. Er war zunächst bewußtlos. Man konnte glücklicherweise feststellen, daß er keine Gehirnerschütterung erlitten hat, sondern nur leichte Verletzungen.

Zahlreiche Todesopfer der Grippe im Wuppertal. Die Grippeepidemie, die in Wuppertal anfänglich einen gutartigen Charakter hatte, hat nun auch zahlreiche Todesopfer gefordert. Die Gesamtsterblichkeitszahl hat in der Zeit vom 30. Januar bis 4. Februar einen für Wuppertal außerordentlichen Stand erreicht. Es wurden in diesem Zeitraum nicht weniger als 250 Todesfälle gemeldet, wovon ein Drittel auf Grippe, Lungenerkrankung und ähnliche Krankheiten entfallen sollen.

Erfollos aufgefunden. Ein 30-jähriger Arbeiter, der vor einigen Wochen von der SA zur SPD übergetreten war, wurde in der Sieblung Engelbach bei Neumett (Glabach-Rheind) erfolgreich aufgefunden.

Gefangen. Der 40 Jahre alte Schlosser Martin Gaber aus Lügelschafen bei Mannheim wurde im Verlaufe von Wuppertal von seiner Ehefrau erschlagen. Frau Gaber wurde verhaftet.

Bermittles Dienstmädchen erschossen aufgefunden. Vor ungefähr sieben Wochen verklamt in Echter nach in Lügelsburg ein 20-jähriges Dienstmädchen namens Erna Weiß aus der Sauer am Lügelsburgischen Ufer georgien. Die Obduktion ergab, daß das Mädchen durch einen Schuß in die Schenkel getötet worden ist. Unter dem Verdacht der Töterin wurde der 23-jährige Sohn des Dienstherrn des Mädchens verhaftet.

Wegen des Anschlags in Heiderdors, in der Nacht zum 9. August war dort eine Benzinflasche und eine Handgranate in den Laden des Konsumvereins geschleudert worden, verurteilte das hiesige Schlichtergericht die Nationalsozialisten Rother und Stoda zu neun bzw. sechs Monaten Gefängnis. Drei weitere Angeklagte wurden freigesprochen. Die Untersuchungsbehörde wird den verurteilten beiden Angeklagten noch angerechnet. Eine Explosion der Handgranate war nicht erfolgt.

Hauseinsturz bei Saragossa. — Zwei Tote. In der in der Nähe von Saragossa gelegenen Gemeinde Laute ist ein Haus eingestürzt. Von den vier Bewohnern kamen zwei ums Leben; die beiden anderen wurden schwer verletzt.

Dr. Bredow tritt zurück

Berlin, 8. Februar.

Wie von unterrichteter Seite verlautet, hat Staatssekretär a. D. Dr. Bredow aus persönlichen Gründen um seine Überufenung von seinem Amte als Rundfunkkommissar des Reichspostministeriums gebeten. Eine Entschädigung über das Gehalt ist aber noch nicht getroffen. Ebenso ist auch über seine Nachfolgerin bis jetzt noch nichts bestimmt.

Die Landesverwaltung (Landeshauptmann in Hessen) teilt uns mit:

Der Landesauschuss trat am 7. Februar zu einer Sitzung zusammen. Es wurde zunächst eine Reihe von Personalangelegenheiten behandelt, von denen die folgenden besonders hervorzuheben sind.

Als Nachfolger des am 1. April 1933 nach Erreichung der Altersgrenze in den Ruhestand tretenden Landesverwaltungsamts und Direktors des Landesfrankenbundes zu Hanau Dr. Buchsag wurde der Dirigent der chirurgischen Abteilung dieser Anstalt, Oberarzt Dr. Fritsch, zum Leiter der Anstalt ernannt, während zum Nachfolger Dr. Buchsag als Dirigent der medizinischen Abteilung des Landesfrankenbundes der Oberarzt Professor Dr. Wichold von der medizinischen Unterabteilung in Greifswald bestellt wurde.

Landesstimmeneroberer Röntgen, der seit etwa Jahresfrist bereits stellvertretender Direktor der Landesstimmenerobereranstalt zu Homberg ist, wurde mit Wirkung vom 1. April 33 ebenfalls als Direktor der Anstalt bestellt.

Der Landesauschuss nahm jedoch einen Bericht über die Haushaltslage im Rechnungsjahr 1932 entgegen. Nach den neuesten Mitteilungen der Berliner Zentralstellen muß der Bezirksverband im Rechnungsjahr 1932 mit einem weniger an Einnahmen gegenüber dem Voranschlag in Höhe von mehr als 1,8 Millionen RM rechnen. Mit Rücksicht auf das erhebliche gestiegene Wahlabschreibungsstimmte der Landesauschuss einstimmig eine Reduzierung des Prozentsatzes der Bezirksumlage auf 20 Prozent (bisher 18,48 Prozent) für 1932 an, um auf diese Weise wenigstens einen kleinen Teil des eingetretenen Einnahmefalles auszugleichen. Trotz dieser Reduzierung des Prozentsatzes der Bezirksumlage haben die Stadt- und Landkreise an den Bezirksverband an Bezirksumlage im Rechnungsjahr 1932 mehrere hunderttausend RM weniger zu zahlen als im Haushaltsplan ursprünglich veranlagt war. Aus diesem Grunde ist den Kreisen die Ende Januar zu zahlende Bezirkssteuerrate erlassen worden.

Weiter wurde ein Ueberblick über die voraussichtliche Gestaltung des Voranschlags für 1933 gegeben, der nach den ersten Zusammenstellungen trotz weiterer erheblicher Ausgabensteigerungen vorläufig mit einem Nettobetrag von rd. 1,4 Millionen RM abschließt. Es wurden die beschränkten Möglichkeiten erörtert, die zum teilweisen Ausgleich des Fehlbetrages 1933 zur Verfügung stehen. Insbesondere wurde in Aussicht genommen, aus dem Reichsarbeitsbeschaffungsprogramm für 1933 einen erheblichen Betrag für die laufende Straßenunterhaltung zu beantragen, damit der mangelnde verfügbare Haushaltsmittel zu befriedigen werden weitere Verfall der Baukosten der Aufnahme eines Darlehens bei der Reichsbank für öffentliche Arbeiten im Rahmen des Arbeitsbeschaffungsprogramms für Straßenbau bis zur Höhe von 1,7 Millionen RM für Straßenbau bis zur Höhe von 1,7 Millionen RM.

Dem Einmütigen eines Auseinanderlegungsvertrages mit der Provinz Hannover betrug der Uebertrag des Reiches Mitteln an die Provinz Hannover wurde zugestimmt. In diesem Vertrag ist der Uebertrag aller im Reichlichen belegenden Einrichtungen des Bezirksverbandes, in a. des Landesfrankenbundes Mitteln an die Provinz Hannover, während die Provinz Hannover die vom Bezirksverband für den Bezirk des Reiches Mitteln aufgenommenen Schulden in Höhe von rd. 1,6 Millionen RM übernehmen soll. Bis zum Ende des laufenden Rechnungsjahres wird das Landesfrankenbundes Mitteln noch durch den Bezirksverband verwaltet.

Weiter nahm der Landesauschuss die Wahl von 45 Beisitzern zum Finanzgericht Kassel vor genehmigte die Rechnung der 5 Wanderarbeitsschichten des Bezirks für 1931, nach der ein Zufuß von rd. 125 500 RM erforderlich geworden ist, der zu ¼ aus Kosten der Kreise und Städte, zu ¾ aus Kosten des Bezirksverbandes geht.

Schließlich wurde noch eine größere Anzahl laufender Verwaltungsangelegenheiten erörtert. Nächste Sitzung des Landesauschusses soll am 1. März stattfinden.

Eine Fülle von Verwendungsmöglichkeiten bieten der Hausfrau Maggi's Fleischbrühwürfel. Das hundelange Aussehen des Fleischs der Würde wegen ist nicht mehr nötig, denn Maggi's Fleischbrühwürfel geben nur durch Auflösen in kochendem Wasser augenblicklich beste Fleischbrühe. Diese kann man als Trinkenboulie oder mit Gewürzen sowie zur Herstellung von Fleischbrühsuppen mit Einlage wie Reis, Grieß, Nudeln, dergleichen zum Kochen von Gemüsen und Hülsenfrüchten. Auch zur Bereitung von Suppen oder Ari, zum Verhängen von handerer Suppen oder Fleischbrühen sind sie sehr empfehlenswert. Es ist also gut, heils einen gewissen Vorrat dieser kleinen hilfsbreiten Küchengeist im Hause zu haben.

